

Welt der Arbeit

Ausgabe 9

www.weltderarbeit.de

5. Mai 2004

WdA im Mai

Die Europäische Union besteht nun aus 25 Mitgliedsländern. Mit über 450 Millionen Bewohnern leben im neuen Europa mehr Menschen als in den USA und Japan zusammen - darunter viele Millionen Arbeitslose und ungezählte Arme. Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau bestimmen in fast allen Ländern die Entwicklung. Ein radikaler Politikwechsel muss erkämpft werden. Unternehmer und Vermögensbesitzer haben enorme Macht; aber sie werden ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht. Vor allem die Perspektiven junger Menschen haben sich drastisch verschlechtert. Berufsausbildung wird zunehmend nach betrieblichen Kosten-Nutzen-Prinzipien organisiert. Qualifizierte Ausbildungsplätze fehlen. Dagegen ist gewerkschaftlicher Aufstand dringend geboten.

Inhalt dieser Ausgabe

Was wird aus Europa?

Seite 1

Sozialabbau in Europa

Seite 2

Tarifsysteme in Europa, Buchempfehlungen

Seite 3

Macht ohne Verantwortung

Seite 4

Die Qualität der Berufsausbildung entscheidet!

Seite 5

Niedriglöhne - Mindestlöhne

Seite 6

Blick zurück:

Das erste Jahr im Untergrund

Seite 7

Kein Luxus für Auszubildende, 50 Jahre politische Bildung, Perspektiven-Kongress

Seite 8

Es gibt Alternativen zur „Agenda 2010“, Buch- und Film-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 9

Was wird aus Europa?

Die Europäische Union ist am 1. Mai um zehn neue Mitgliedsstaaten gewachsen: Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien. Das Europa der Fünfundzwanzig besteht nun aus 19 kleinen und sechs großen Ländern, wobei in den Letzteren dreiviertel der europäischen Gesamtbevölkerung leben. Was wird sich ändern?

Soziale Fortschritte für Arbeitnehmer sind bislang nicht erkennbar. Die Angst vor einem sinkenden Lohnniveau, nach Osten abwandernden Unternehmen und damit steigender Arbeitslosigkeit ist vor allem in Deutschland weit verbreitet. Es gibt in der EU keine überzeugenden Initiativen der Politiker für ein soziales Europa mit einheitlichen Arbeitnehmerrechten, mit verbindlichen Normen zur Gestaltung von Tarifverträgen und gemeinsamen Arbeitszeitregelungen, mit einer gerechten Sozialpolitik und einer Ökonomie, die Arbeitsplätze schafft und sichert. Es gibt weit überwiegend nur Vorteile für Unternehmer und Vermögensbesitzer. Die internationalen Geldgeber sind mit den Leistungen der Osteuropäer und Balten recht zufrieden. Sozialleistungen und Steuern wurden dort abgebaut und die Renditeaussichten sind gestiegen. In Ungarn, Polen und Tschechien sind fast alle Banken in ausländischer Hand. Vor allem deutsche und österreichische Banken haben sich in großem Stil eingekauft. Gezahlt wird in den neuen Mitgliedsstaaten vorerst jedoch nicht in Euro, sondern in der Landeswährung, mindestens noch bis zum Jahr 2008.

Der Standortwettbewerb hat auch in Europa drastisch zugenommen. Die Vermögensbesitzer suchen immer neue Steuerparadiese und Länder mit den geringsten Arbeitskosten und

höchsten Renditen. Neue Märkte werden zur Erhaltung und Steigerung der Profite gesucht. Fast alle Staaten haben ihre Körperschaftsteuersätze im Laufe der letzten Jahre erheblich gesenkt. Estland verzichtet sogar komplett auf eine Besteuerung von Profiten. Und in den kommenden Jahren droht eine neue Dumpingrunde im Steuerwettbewerb. So hat Österreich mit Hinweis auf die geringen Steuersätze in den Nachbarländern bereits für das Jahr 2005 eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer von derzeit 34 auf 25 Prozent beschlossen.

Entscheidend sind jedoch nicht die formalen Steuersätze; entscheidend ist vielmehr, wie viel Steuern die Unternehmen tatsächlich an die Finanzämter abführen müssen. In Deutschland zum Beispiel haben sich in den vergangenen Jahren die tatsächlich gezahlten Unternehmenssteuern halbiert. Aktiengesellschaften und GmbHs zahlten im Jahr 2003 rund zwanzig Milliarden Euro weniger als noch im Jahr 2000.

Im Interesse der überwältigenden Mehrheit seiner Bürger darf sich kein Staat Einnahmeverluste leisten. Aber: Mit der Erhöhung der Verbrauchssteuern und der Kürzung der Sozialausgaben dient er der Minderheit der Kapitalbesitzer – und die Mehrheit kann sich immer weniger leisten. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen geht weiter zurück. Es entsteht neue Arbeitslosigkeit. Die Armut in Europa steigt.

Notwendig ist der beharrliche und überzeugende Kampf der Gewerkschaften für ein soziales Europa, für europäische Tarifverträge und Arbeitsbedingungen und gegen eine Politik, die sich den Forderungen des Kapitals unterwirft.

Franz Kersjes

Sozialabbau in Europa

In großen farbigen Anzeigen begrüßt die Bundesregierung die Erweiterung der Europäischen Union. Die 10 guten Gründe, darunter die „Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland, mehr Lebensqualität durch gemeinsamen Umweltschutz, Wachstumsmärkte für den deutschen Mittelstand und weniger Zuwanderung durch wachsenden Wohlstand“, haben mit der Realität aber wenig zu tun. Tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihren Arbeitsplatz in Deutschland verloren oder stehen vor der Alternative, für weniger Geld länger zu arbeiten. Politiker, Verbandsfunktionäre und Manager fordern niedrigere Löhne mit der vagen Aussicht, mit diesen Verzicht der Beschäftigten auch Arbeitsplätze in unserem Land zu erhalten.

Wie tief soll das Lohnniveau in Deutschland sinken? Auf polnisches, tschechisches, slowakisches Niveau? Sinken dann in Deutschland auch die Mieten und Lebenshaltungskosten auf das durchschnittliche Niveau der Beitrittsländer? Weniger als 500 Euro netto im Schnitt monatlich verdient die große Mehrheit der Bevölkerung in den zehn neuen EU-Ländern. Besonders dramatisch sind die Verhältnisse bei den Renten: knapp 100 Euro in Litauen, 130 Euro in Ungarn.

Der Siemens-Konzern hat ausrechnen lassen, dass für seine Produkte der Arbeitskostenvorteil in den neuen EU-Ländern bei durchschnittlich 25 Prozent liegt. Werden dann auch die Preise für Siemens-Produkte künftig um 25 Prozent sinken?

In vielen deutschen Belegschaften herrscht große Angst vor der

Abwanderung der Arbeitsplätze nach Osteuropa. Nicht nur niedrige Arbeitskosten locken die Unternehmen. Noch interessanter sind die geringen Steuern. In manchen Ländern gibt es Grundstücke zum Null-Tarif, und bei Investitionen wird für Jahre der totale Verzicht auf Gewinn- bzw. Körperschaftssteuern versprochen. Bislang konnte sich die EU noch nicht einmal auf Mindeststeuersätze für alle Mitgliedsländer verständigen. Und dann sind da noch die Subventionen der EU, bezahlt u. a. vom deutschen Steuerzahler.



Die Bundesregierung verspricht in ihrer Anzeige: „Deutschland wird durch den Zuzug von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Ländern nicht belastet. Zuzugsbeschränkungen nach Deutschland bis zu sieben Jahren werden das verhindern“. Diese raffinierte Formulierung verschweigt, dass Zehntausende aus den ärmsten Regionen der Beitrittsländer auf dem Weg in die reichen Länder sind, weil sie von der drastisch gekürzten Sozialhilfe in ihrer Heimat nicht mehr leben können. Nach einem Fernsehbericht (ZDF Frontal 21 vom 20.04.04) leben zum Beispiel Hunderttausende Roma in der

Slowakei in bitterster Armut. Ihnen wurde die Sozialhilfe seit Januar auf die Hälfte zusammengestrichen. Die Regierung will die Roma durch die Kürzung zwingen, Arbeit zu suchen. Aber für Roma gibt es keine Jobs.

Clevere Unternehmer in Ungarn, Polen, Tschechien werden auch in Deutschland ihre Dienstleistungen zu niedrigsten Kosten anbieten. Die Beschäftigten, die ins wohlhabende Ausland geschickt werden, arbeiten zu den niedrigen Löhnen ihres Landes.

Die gewaltigen sozialen Probleme, die mit der Europäischen Union verbunden sind, werden der Öffentlichkeit durch Politiker und Medien weitgehend verschwiegen. Auch die Gewerkschaften sind im Umgang mit der Dimension der Gefahren für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in Europa bislang kaum aktiv geworden. Konferenzen und Papiere bewegen nicht viel. Solidarität gegen den Neoliberalismus zu organisieren erfordert den unbändigen Willen, gemeinsame Ziele auch durchzusetzen. Notwendig sind kämpferische Gewerkschaften, die sich von Niemandem einschüchtern lassen.

Franz Kersjes

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat zum Europawahlkampf eine Kampagne gestartet: „Unser Europa - Europa, das sind wir!“. Infos unter www.our-europe.org

Über Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften informiert die DGB-Broschüre: „Mai – 2004: Die EU wird größer“.

Bestellungen an:
karin.hammermann@bvv.dgb.de

Tarifsysteme in Europa

In den meisten Ländern der EU dominieren bislang noch Branchentarifverträge. Sie geben aber zunehmend mehr Raum für Verhandlungen und Regelungen auf betrieblicher Ebene. Der Abschluss von Firmentarifverträgen hat besonders in Belgien, Irland und Spanien an Bedeutung gewonnen. In Großbritannien hat die Zahl der Branchentarifverhandlungen stark abgenommen. Überwiegend finden Firmen- bzw. Betriebstarifverhandlungen statt. In Frankreich, wo nur etwa acht Prozent der Arbeitnehmer/innen gewerkschaftlich organisiert sind und auch viele Unternehmer aus traditionellem Paternalismus heraus den Berufsverbänden fern bleiben, gibt es längst nicht in allen Branchen Tarifverträge. Selbst dort, wo sie existieren, kommen nicht in jedem Jahr Neuverhandlungen zu Stande, so dass regelmäßige tarifliche Lohnanpassungen fehlen. Jeder vierte Lohnempfänger erhält nur den gesetzlichen Mindestlohn.

In zahlreichen Ländern hat der Staat eine aktive Rolle in der Tarifpolitik übernommen. Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und die jeweilige staatliche Einrichtung beraten über Lohnpolitik, Arbeitszeit, Ausbildung, oft auch noch über die Sozialversicherungsbeiträge; und sie setzen den Rahmen für Branchentarifverhandlungen. Mit Ausnahme von Frankreich und Großbritannien existieren mittlerweile in fast allen westeuropäischen Ländern mehr oder weniger gefestigte Formen einer Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften.

In der EU haben sich die Gewerkschaften unfreiwillig von

einer verteilungsneutralen produktivitätsorientierten Lohnpolitik verabschiedet und sich auf Verzicht zur „Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit“ eingelassen. In fast allen neuen Sozialpakten wurden lohnpolitische Orientierungsformeln vereinbart, die entweder darauf zielen, die durchschnittliche Lohnentwicklung in den wichtigsten Konkurrenzländern zu unterbieten oder durch Lohnabschlüsse unterhalb des Produktivitätsfortschritts eine Senkung der nationalen Arbeitskosten zu ermöglichen. Die Lohnzurückhaltung hat sich aber im Allgemeinen nicht positiv auf das erwartete Beschäftigungswachstum ausgewirkt.

In den neuen Beitrittsländern haben die Gewerkschaften mit dem Ende der Planwirtschaft ihren großen Einfluss verloren. Für die Arbeitsbeziehungen spielt der Staat heute eine größere Rolle als die Gewerkschaften. Die Arbeitsbedingungen werden oft direkt mit dem Betriebsrat ausgehandelt. Lediglich in den baltischen Staaten spielen Tarifverträge eine größere Rolle.

Der Europäische Gewerkschaftsbund und die nationalen Gewerkschaften müssen sich unverzüglich auf eine gemeinsame Lohnstrukturpolitik verständigen und den bestehenden Einkommensunterschieden entgegenwirken. Eine aktive und solidarische Tarifpolitik der Gewerkschaften in Europa ist für die Zukunft lebensnotwendig. Die bereits 1957 in den Gründungsverträgen der Europäischen Union versprochene Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen „auf dem Wege des Fortschritts“ ist bis heute nicht eingelöst. –es.

Buchempfehlungen

Reinhard Bispink
WSI-Tarifhandbuch 2004
 Bund-Verlag; 300 Seiten; EUR 14.90
 Das Handbuch informiert über die wichtigsten Tarifabschlüsse für 2003 und tarifliche Regelungen und Leistungen. Das diesjährige Schwerpunktthema gibt einen Überblick über „(Flächen-) Tarifvertragssysteme in Europa“.

Thorsten Schulten
Solidarische Tarifpolitik in Europa
 Zur politischen Ökonomie der Gewerkschaften
 VSA-Verlag, 352 Seiten; EUR 19.80
 Der Autor zeichnet die lohnpolitische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte nach und diskutiert gewerkschaftliche Ansätze für eine Rekonstruktion solidarischer Verteilungspolitik.

Hein/Niecho/Schulten/Truger
Europas Wirtschaft gestalten
 Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften
 VSA-Verlag; 256 Seiten; EUR 16.80
 Arbeitslosigkeit, Wachstumschwäche und Sozialabbau in der Europäischen Union sind nicht unabwendbar. Erfolgreiche makroökonomische Politiken in einigen Ländern zeigen, dass Wachstum und Beschäftigung möglich sind.

Anne Karrass/Ingo Schmidt u. a.
Europa: lieber sozial als neoliberal
 AttacBasis Texte 11
 96 Seiten; EUR 6.50
 Die AutorInnen geben einen geschichtlichen Überblick über die europäische Einigung, betrachten die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der EU und untersuchen, welche Folgen die EU-Osterweiterung haben kann.

Macht ohne Verantwortung

Die Anzahl der Ausbildungsplätze geht in Deutschland immer weiter zurück. Die Unternehmer verweigern jungen Menschen einen qualifizierten Start in eine Erwerbstätigkeit, die menschenwürdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse ermöglicht. Manager und Vermögensbesitzer wollen auf Kosten der Gesellschaft noch mehr Geld abzocken.

Die Zahl der Ausbildungsanfänger in den Betrieben ist im vergangenen Jahr auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Insgesamt ging die Zahl der Lehrstellen in den vergangenen drei Jahren um 8,7 Prozent zurück. Wurden 1998 noch 562.655 betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen, so waren es bis September 2003 rund 65.400 weniger – das bedeutet ein Minus von 11,6 Prozent im dualen Ausbildungssystem. Nur noch 23 Prozent aller Betriebe bilden derzeit aus. Auch im ersten Quartal 2004 betrug der Rückgang bei den gemeldeten Ausbildungsstellen ca. 6 Prozent. Und die Jugendarbeitslosigkeit steigt weiter. Viele Unternehmer und ihre Verbandsfunktionäre fühlen sich nicht verantwortlich.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich endlich entschlossen, eine gesetzliche Ausbildungsumlage einzuführen. Am 1. April 2004 wurde der von der Koalition eingebrachte Entwurf des Berufsausbildungssicherungsgesetzes in erster Lesung debattiert. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause durch den Bundestag verabschiedet werden. Die geplante Ausbildungsumlage fällt künftig an, wenn am 30. September eines Jahres nicht min-

destens 15 Prozent Lehrstellen über Bedarf angeboten werden. Die Bundesregierung muss dann die Auslösung des Gesetzes beschließen. Es gibt also keinen Automatismus. Die Unternehmer haben es in der Hand, die Anwendung des Gesetzes durch Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsstellen zu verhindern.

CDU/CSU und FDP kämpfen an der Seite der Unternehmer gegen das geplante Gesetz. Aber auch SPD-Politiker sperren sich gegen eine gesetzliche Regelung. Sie setzen auf freiwillige Lösungen, auf die Selbstverpflichtung der Unternehmer zur Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze. Auf Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sollen durch einen „Pakt für Ausbildung“ die fehlenden Lehrstellen innerhalb eines Bundeslandes durch gemeinsame Anstrengungen von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Agenturen für Arbeit angeboten werden. Auf gesetzliche Regelungen soll dadurch verzichtet werden.

Die vollmundigen Versprechungen der Unternehmer und ihrer Verbände verdienen kein Vertrauen. Allzu häufig blieben ihre Zusagen an Politik, Gewerkschaften und Betriebsräte unerfüllt. Ob beim Klimaschutz oder der Gleichberechtigung, beim Dosenpfand oder der Entsorgung von Altfahrzeugen – es hat alles nichts gebracht. Beispiel Gleichberechtigung der Frauen: Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vom Juli 2001 sollte wieder einmal die Chancen der Frauen für das Er-

werbsleben verbessern, ihnen den Zugang zu traditionell männerdominierten Berufen und in führende Positionen erleichtern sowie die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit verbessern. Dies wird übrigens schon seit Langem von der EU gefordert. Es hat sich aber nichts geändert. Wunsch und Wirklichkeit klaffen immer noch meilenweit auseinander. Bei der Chancengleichheit gibt es keinen Durchbruch. „Kein Stück hat sich die Situation verbessert“, stellte Heide Pfarr, Direktorin des Forschungsinstituts der Hans-Böckler-Stiftung, fest.

Mit ihrer Ablehnung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage wollen sich die Unternehmer offensichtlich weiterhin ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Entgegen ihrer Verweigerungshaltung hat sich die Beteiligung aller Betriebe einer Branche an einer Umlage zur Finanzierung der beruflichen Bildung bewährt. Seit Jahrzehnten funktioniert eine solche Regelung überaus erfolgreich in der Bauindustrie. Beste Erfahrungen hat man in den 26 Jahren nach der Einführung der Ausbildungsumlage auch in Dänemark gemacht.

Alle ausbildungsfähigen Betriebe müssen sich künftig an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen beteiligen. Den Jugendlichen muss der Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung gesetzlich garantiert werden. Tarifliche oder gesetzliche Verpflichtungen der Unternehmer müssen juristisch einklagbar sein. Unverbindliche Zusagen sind nicht akzeptabel.

Franz Kersjes

Die Qualität der Berufsausbildung entscheidet!

Die Beteiligung aller Betriebe an der Finanzierung der beruflichen Erstausbildung junger Menschen ist zweifelsfrei notwendig und gerechtfertigt. Alle Betriebe profitieren in späteren Zeiten von gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach Berechnungen des Bildungsministeriums würden in den nächsten zehn Jahren allein in der Gruppe der 30- bis 45jährigen 3,5 Millionen Fachkräfte fehlen, wenn die Betriebe die Ausbildung aller interessierten Jugendlichen nicht gewährleisten.

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule erfordert spürbares Engagement von allen Beteiligten. Die Betriebe müssen ausbildungsfähig sein, das heißt, sie müssen die technischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen zur Durchführung des Ausbildungsrahmenplanes, den die Verordnung zur Ausbildung im jeweiligen Beruf vorschreibt, auch ohne Einschränkungen erfüllen. Ist dies nicht für jeden Ausbildungsteil möglich, so ist eine Ausbildung im Verbund mehrerer Betriebe empfehlenswert. Die Kammern müssen dann die Berufsausbildung in einem Netzwerk aus mehreren Betrieben organisieren. Dazu liegen Erfahrungen vor.

Die Kritik der Wirtschaft und der Handelskammern, nach der viele Ausbildungsplatzbewerber durch die Schulen nicht die notwendige Ausbildungsreife (z. B. Textverständnis, Grundrechenarten) vermittelt bekommen, ist schon deshalb nicht überzeugend, weil etwa die Hälfte der unvermittelten Lehrstellensucher/innen mindestens einen Realschulabschluss in der Tasche haben. Es ist aber auch die Aufgabe des Ausbil-

dungsbetriebes, junge Menschen in ihrer beruflichen Entwicklung zu fördern und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Da passt es nun wie die Faust aufs Auge, dass die Bundesregierung mit Wirkung ab 1. August 2003 die gesetzliche Ausbilder-Eignungsverordnung für fünf Jahre ausgesetzt hat, „um bestehende Hemmnisse für ausbildungswillige Betriebe abzubauen“. Durch diese Entscheidung können nun auch Betriebe ausbilden, in denen kein Ausbilder die Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung abgelegt hat. Bisher mussten alle Betriebe, die ausbilden wollten, Ausbilder/innen beschäftigen, die in einer Prüfung ihre arbeits- und berufspädagogischen Kenntnisse nachweisen konnten. Den Unternehmen ist die Rücknahme dieser Verpflichtung nur recht. Sie sparen auf Kosten der Auszubildenden. Aber die dadurch erwarteten 20.000 neuen Ausbildungsplätze haben sie nicht geschaffen und die Qualität der Ausbildung wird in vielen Betrieben sinken.

In der aktuellen Diskussion über notwendige Reformen der Berufsausbildung macht sich auch wieder ein Trend zur „Schmalspurausbildung“ bemerkbar. In diesem Fall soll die notwendige breite Grundausbildung, die ein lebenslanges Lernen und den späteren Wechsel in neue Aufgabenbereiche erleichtern soll, durch eine Stufenausbildung abgelöst werden. Das Ausbildungsziel wechselt von den Interessen des Auszubildenden zu den aktuellen Bedürfnissen des Ausbildungsbetriebes. Ausbildungsmodule, die lediglich kurzfristig den Prioritäten des jeweiligen Betriebes entsprechen, haben mit einer zukunftsorientierten Berufsausbildung nichts zu tun.



Franz Kersjes, der Autor dieses Beitrags, war von 1979 bis 2000 (Arbeitnehmerseitiger) Vorsitzender des Zentral-Fachausschusses (ZFA) für die Druckindustrie, einer paritätischen Einrichtung (seit 1947) der Unternehmerverbände und der Gewerkschaft zur Förderung der Berufsbildung.

Foto: Dertinger

Ein zentraler Kritikpunkt der Gewerkschaften bezieht sich auch auf den Abschied vom „Konsensprinzip“. Bislang wurden Änderungen der Ausbildungsverordnungen und neue Berufe nur im Einvernehmen mit den zuständigen Tarifvertragsparteien erlassen. Damit soll nun Schluss sein, wenn diese sich nicht einigen können. Die Unternehmer begrüßen auch diese Entscheidung der Bundesregierung, weil sie sich damit mehr Einfluss erhoffen. So wurde bereits für mehrere Berufe erstmals gegen den Willen der Gewerkschaften eine Verkürzung der Ausbildungszeit von drei auf zwei Jahre eingeführt. Ausbildung und Arbeit sollen billiger werden. Dabei wird übersehen, dass sich solche Entscheidungen auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auswirken. Und die Berufsausbildung in den Ländern der Europäischen Union unterscheidet sich zunehmend. Von einer Harmonisierung kann keine Rede sein.

Niedriglöhne - Mindestlöhne

Für eine unvoreingenommene Diskussion über gesetzliche Mindestlöhne hat sich das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung ausgesprochen. In vielen europäischen Ländern gäbe es positive Erfahrungen mit diesem Instrument. Es könne eine sinnvolle Ergänzung zu tariflichen Mindeststandards sein und das Abrutschen des Lohngefüges verhindern.

Folgende Gründe sprechen aus Sicht des WSI für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns:

- In Deutschland besteht entgegen einer weit verbreiteten Meinung schon lange ein erhebliches Ausmaß an Niedriglohnbeziehern selbst unter den Vollzeitbeschäftigten: Allein in Westdeutschland verdienen 12 Prozent von ihnen weniger als 50 Prozent des Vollzeitdurchschnittslohns; sie gelten als arm trotz Vollzeitarbeit.
- Der Anteil der Beschäftigten, die ohne den Schutz durch tarifliche Mindeststandards arbeiten, hat im Laufe der vergangenen Jahre zugenommen. Die Tarifbindung ist zurückgegangen und erfasst in Westdeutschland derzeit noch 70 Prozent, in Ostdeutschland nur noch 55 Prozent der Beschäftigten.
- Die Verhinderung von Schmutzkonzurrenz und Lohndumping in Niedriglohnbranchen durch die

Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die auf Antrag der Tarifparteien von den Arbeitsministerien verfügt werden kann, wird aufgrund der Blockadehaltung vieler Arbeitgeberverbände immer schwieriger.

- Aber auch die Existenz von Tarifverträgen und ihre mögliche Allgemeinverbindlichkeit bedeuten nicht in jedem Fall hinreichenden Schutz vor Niedriglöhnen: In einer Reihe von Tarifbereichen gibt es tarifliche Stundenlöhne zwischen 6 und 10 Euro.
- Vier von fünf Betriebsräten halten eine Flankierung der Tarifpolitik durch einen gesetzlichen Mindestlohn für sinnvoll. Lediglich 9 Prozent halten dies nicht für sinnvoll. Das ergab eine repräsentative Befragung des WSI.
- In der Mehrzahl der europäischen Länder gibt es – parallel zu tarifvertraglichen Regelungen – gesetzliche Mindestlöhne, die nachweislich positive Wirkungen auf das Einkommensniveau aufweisen und keine Gefährdung der Arbeitsplätze bewirkt haben. In Holland und England z. B. ist die Arbeitslosenquote trotz eines gesetzlichen Mindestlohns deutlich niedriger als hierzulande.

Das WSI hat im vergangenen Jahr ein umfangreiches For-

schungsprojekt zum Thema „Niedriglöhne, Mindeststandards und Tarifsysteem“ für das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium abgeschlossen, das sich u. a. auch mit dem Instrument eines gesetzlichen Mindestlohns auseinandersetzt.

Mindestlöhne in Europa

Monatliche Mindestlöhne/-gehälter im erweiterten Europa im Vergleich in Euro, Januar 2003:

Belgien	1 163
Griechenland	605
Spanien	526
Frankreich	1 154
Irland	1 073
Luxemburg	1 369
Niederlande	1 249
Portugal	416
Großbritannien	1 105
Estland	138
Litauen	125
Lettland	116
Malta	535
Polen	201
Slowakei	118
Slowenien	451
Tschechische Republik	199
Ungarn	212

Quelle: WSI

14,5 Mio. EU-Arbeitslose

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag nach Angaben des EU-Statistikamtes im September 2003 bei 8,0 %. Die Arbeitsmarktlage in den 10 Beitrittsländern lag zum gleichen Zeitpunkt durchschnittlich bei 14,5 %. Das Beitrittsland mit der höchsten Arbeitslosigkeit ist Polen, wo die Quote konstant 20 % beträgt. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im September 2003 Luxemburg mit 3,8 %, die Niederlande mit 4,2 % und Österreich mit 4,5 %.

Blick zurück:**Das erste Jahr im Untergrund**

Eierhandgranaten, Maschinengewehre, Trommelrevolver, Hieb- und Stichwaffen gehörten zum ungewöhnlichen Arsenal einiger Gewerkschaftshäuser. Hunderte von organisierten Arbeitern hatten sich verschanzt, um ihre Gewerkschaftshäuser gegen Überfälle von SA und SS zu verteidigen. Viele waren bereit zum Generalstreik; sie erinnerten sich mit Stolz daran, dass sie 1920 mit einem Generalstreik die junge Republik erfolgreich gegen die Kapp-Putschisten verteidigt hatten. Nun, 1933, warteten sie erneut auf das Signal. Sie warteten vergebens.

Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zeichnete sich aus durch Abwarten, Anpassen und Anbiederei an das neue nationalsozialistische Regime. Sie fand den gewerkschaftlichen Widerstandswillen „menschlich begreiflich, aber sachlich falsch“. Theodor Leipart, der ADGB-Chef, erklärte, dass er „es nicht über sich“ bringe, „auf den Knopf zu drücken“ und damit womöglich einen Bürgerkrieg auszulösen. In völliger Verkennung der politischen Absichten der Nazis begrüßte der ADGB sogar, dass das Regime schon 1933 den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärte und pompös inszenierte. Die Selbstaufgabe der freien Gewerkschaften hat ihre Zerschlagung nicht verhindern können. Schon am nächsten Tag wurden ihre Häuser besetzt und viele ihrer Führer eingesperrt, entwürdigt, gefoltert, ermordet.

Nicht alle Gewerkschafter waren am ersten „Feiertag der nationalen Arbeit“ mit SA und SS marschiert. Tausende, aber insge-

samt zu wenige von ihnen hatten sich an jenem 1. Mai 33 auf heimliche Verabredung an vielen Orten getroffen – schweigend. Diese Treffen waren die Keimzelle der politischen Untergrundarbeit gegen das NS-Regime. Das erste Jahr im Untergrund begann.

Den Gewerkschaftern war konspirative Arbeit fremd. Sie stand in vollkommenem Gegensatz zu ihrem bisherigen politischen Kampf, der der Massen und der Öffentlichkeit bedurft hatte.

Nun organisierte Wilhelm Leuschner in der Nachfolge von Theodor Leipart die „illegale Reichsleitung“ der Gewerkschaften, aus der im Laufe der ersten Jahre unterm Hakenkreuz ein Netzwerk gewerkschaftlichen Widerstandes wurde – obwohl Leuschner eingekerkert worden war und 1933/34 in einem KZ verschwand. Vorher hatte er Kollegen im Ausland über die Zustände in Deutschland informieren können. Besonders hilfreich war die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), die Widerstandsaktionen schon vor der so genannten Machtergreifung initiiert und unterstützt hatte.

Das erste Jahr im Untergrund bedeutete ein vorsichtiges Ausloten der Möglichkeiten politischer Arbeit. Spektakulär war folglich keine der gewerkschaftlichen Aktionen. Das Wichtigste war zunächst, den solidarischen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrecht zu erhalten, sich untereinander über die Situation in den Betrieben und an den Wohnorten zu informieren, um diese Nachrichten nach

draußen zu tragen, besonders zu den ins Exil getriebenen Gewerkschaftskollegen. Zur Aufrechterhaltung solcher konspirativer Kontakte waren im grenznahen Ausland geheime Anlaufstellen eingerichtet worden.

Tarnung war die erste Pflicht der Widerständler. Wer im Transportwesen tätig war, hatte relativ günstige Bedingungen, um unverfängliche Kontakte zu Gleichgesinnten zu halten. Andere reisten als Handelsvertreter oder Versicherungsagenten durch die Lande, um illegale Flugschriften zu transportieren oder an konspirativen Treffen teilzunehmen, um Nachrichten auszutauschen oder bereits zu diesem sehr frühen Zeitpunkt über Gewerkschaftsarbeit in einem künftigen freiheitlichen Staatswesen zu diskutieren. Dabei erwies sich, und zwar schon im ersten Jahr von Verfolgung und Widerstand, dass die Grenzen zwischen den meisten der Richtungsgewerkschaften zu schwinden begannen. Freie, liberale, christliche Gewerkschafter arbeiteten zusammen und wurden dadurch frühe Vorläufer der Einheitsgewerkschaften.

Es erlebten jedoch viele das Ende des NS-Staates nicht: 25.000 Menschen, darunter sehr viele Gewerkschafter, wurden bis Kriegsende als politisch Oppositionelle verurteilt und hingerichtet. Mehrfach höher war die Zahl derer, die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern litten und starben. Insgesamt aber bildeten die Mutigen die Minderheit. Doch es war diese Minderheit, die nach 1945 dem Neuaufbau der Gewerkschaften politische und moralische Glaubwürdigkeit gab.

Claus Floeder

Kein Luxus für Auszubildende

Die Zahl der Ausbildungsstellen ist trotz aller Appelle an die Wirtschaft weiter gesunken. Wie aus der Halbjahresstatistik der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht, wurden seit Beginn des Ausbildungsjahres im Oktober 2003 24.717 Ausbildungsplätze weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres gemeldet (minus 6,3 Prozent). Nach aktuellem Stand suchen 558.804 Jugendliche Lehrstellen (plus 3,1 Prozent).

Unternehmerverbände, FDP und CDU/CSU behaupten immer wieder, die Kosten der Ausbildung seien für die Betriebe nicht mehr tragbar. Deshalb sollen die Ausbildungsvergütungen gekürzt werden. Durch eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes soll eine Vergütung bis zu einem

Drittel unter der durchschnittlichen Tarifbezahlung möglich sein. Harald Schartau, Arbeits- und Wirtschaftsminister in NRW, fordert, Auszubildende künftig nur noch nach Anwesenheit im Betrieb zu bezahlen.

Auszubildende erhalten nur recht bescheidene Vergütungen. Im ersten Ausbildungsjahr beläuft sich ihre Ausbildungsvergütung im Durchschnitt auf 33 Prozent der Einstiegsvergütung für ausgebildete Facharbeiter und Fachangestellte. Im 3. bzw. 4. Ausbildungsjahr klettert die Vergütung auf rund 43 Prozent. Das ist – gemessen am Einsatz der Auszubildenden im Produktionsprozess – keine großzügige Bezahlung. Die Vorteile für die Betriebe rechnen sich.

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen klaffen je nach Ausbildungsjahr und Wirtschaftszweig weit auseinander. Die Spanne reicht von 325 Euro im privaten Verkehrsgewerbe Sachsen-Anhalt (1. Ausbildungsjahr) bis zu 1.222 Euro für die gewerblichen Auszubildenden im westdeutschen Bauhauptgewerbe (4. Ausbildungsjahr). Dies geht aus einer Auswertung hervor, die das WSI-Tarifarchiv kürzlich veröffentlichte.

Im vergangenen Jahr erhielten die Auszubildenden in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige höhere tarifliche Ausbildungsvergütungen um 2 und 3 Prozent. In fünf Tarifbereichen wurden die Vergütungen nicht erhöht.

Quelle: WSI, Tarifarchiv

50 Jahre politische Bildung

Die Bildungsstätte der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft in Lage-Hörste am Teutoburger Wald feiert vom 28. bis 30. Mai ihr 50jähriges Bestehen. Zum Jubiläumsgeschehen gibt es viele Angebote. Nähere Informationen unter www.imk.verdi.de

Aus diesem Anlass ist im VSA-Verlag ein empfehlenswertes Lese-Bilder-Buch erschienen. **Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle!**

50 Jahre politische Bildung in Lage-Hörste
220 Seiten; Großformat; EUR 14.80
Das Buch enthält u.a. Beiträge von Frank Bsirske, Jörg Wollenberg, Detlef Hensche, Heinrich Hollmann, Gisela Kessler, Holger Menze, Dorothea Müller, Norbert Thom u. Franz Kersjes.

Perspektiven-Kongress

Vom 14. bis 16. Mai findet in Berlin ein offener Kongress zur Verständigung und Zielsetzung über Perspektiven für eine andere Politik statt. „Es gibt Alternativen zum neoliberalen Gesellschaftsumbau!“ Diese Überzeugung steht im Mittelpunkt der über 120 Diskussionsforen, Vorträge, Filme und kulturellen Beiträge des Kongresses. Rund 70 Organisationen bilden den Veranstalterkreis, von den Gewerkschaften über attac bis zu Umweltorganisationen, Sozialverbänden und kirchlichen Gruppen. Auf dem Kongress geht es auch um konkrete Absprachen zu den politischen Schwerpunkten der nächsten Zeit.

Anmeldungen und Informationen www.perspektivenkongress.de



Karikaturen: Reinhard Alff

Es gibt Alternativen zur „Agenda 2010“

In der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandum-Gruppe) arbeiten Wirtschaftswissenschaftler und GewerkschafterInnen an der Entwicklung von Perspektiven und wirtschaftspolitischen Vorschlägen, die sich an der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensstandards und dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für ArbeitnehmerInnen sowie wirksamer Umweltsicherung in Deutschland orientieren.

Dies schließt die Kritik und Zurückweisung der Theorien und Vorstellungen ein, die Beschäftigung, Einkommen, Sozialleistungen und Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft nach- und unterordnen. Die einseitig kapitalorientierte Position der Unternehmerverbände und der Bundesregierung treten in der Bundesrepublik auch deshalb mit besonderer Autorität auf, weil sie von der überwiegenden Mehrheit der WirtschaftswissenschaftlerInnen unterstützt werden. Hierdurch wird der Eindruck verbreitet, zur

aktuell betriebenen – in erster Linie auf private Gewinnförderung gerichteten – Wirtschaftspolitik gäbe es aus wissenschaftlichen Gründen keine Alternative.

Dieser einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Kapitalinteresse setzt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ihre Kritik und Gegenposition entgegen. Es handelt sich nicht um Sachzwänge, sondern um Interessen der Privatwirtschaft, die hinter der Politik des Sozialabbaus und der Einkommenskürzungen stehen. Hierdurch werden Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern vertieft. Zu dieser Politik gibt es vernünftige und realistische Alternativen, die im Interesse der ArbeitnehmerInnen liegen. Sie lassen sich allerdings nicht durch Appelle an die Einsicht der Bundesregierung, sondern nur im Kampf gegen die Interessen der Privatwirtschaft durchsetzen.

Die Alternativen zur „Agenda 2010“ sind erschienen im **Memorandum 2004** PapyRossa Verlag, 289 S., 16,50 € www.memo.uni-bremen.de

* * * *

Buchtipps

Arno Klönne / Karl A. Otto / Jörg Wollenberg (Hrsg.)

Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle!

Vom Bielefelder Buchdrucker-Verband zu ver.di
VSA-Verlag; 220 Seiten; EUR 14,80
Die Geschichte (mit vielen Fotos und Originalquellen) der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebensverhältnisse von Bielefelder Buchdruckern, Schriftsetzern, Buchbindern und Papierverarbeitern von der Gewerkschaftsgründung bis zur ver.di.

Film-Tipp

Schultze gets the blues
Regie: Michael Schorr

Ein heiterer und besinnlicher Spielfilm aus Ostdeutschland über einen Bergmann, der in den Vorruhestand abgeschoben wird und sich von Gewohnheiten trennen will. Die Swamp-Music hält Einzug in der Provinz – und umgekehrt. Eine faszinierende musikalische Entdeckungsreise!

www.schultzegetstheblues.de

Kommentar

1. Mai

Die Beteiligung an den diesjährigen Maikundgebungen des DGB war überwiegend enttäuschend – ganz im Gegensatz zum großen Erfolg vom 3. April. In Köln, beispielsweise, waren am 1. Mai maximal 4.000 ArbeitnehmerInnen zur Kundgebung gekommen. Bei der Gelegenheit demonstrierten sie, was sie von der Politik der Landesregierung halten: Der Auftritt des als Redner eingeladenen NRW-Ministerpräsidenten Peer Steinbrück wurde lautstark mit Pfiffen und „Hau ab!“-Rufen kommentiert. Der Gastredner musste seine Ansprache nach wenigen Minuten abbrechen. Dass der Ministerpräsident überhaupt auf der zentralen NRW-Kundgebung sprechen sollte, rechtfertigte der Landes-DGB mit einer „Tradition seit 38 Jahren“. In der Hauptstadt hatte man sich diesmal rechtzeitig von der Tradition verabschiedet und den Kanzler erst gar nicht als Redner eingeladen. Tradition um der Tradition willen kann lähmend und heuchlerisch sein. In die Zukunft weist sie jedenfalls nie.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes,
Telefon: 0171 - 5 26 65 35,
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.

Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.